Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Donnerstag, den 20. März 1919 Nummer 134 • Abend-Ausgabe

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2580 und 2590.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19,
Fernsprecher: Amt Norden 9763.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neuwahl der Arbeiterräte in Berlin.

Die Wahlen zum Rätekongreß.

Wir erhalten vom Vollzugsrat folgenden Bericht:

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in einer am 19. 3. 19 stattgefundenen Sitzung mit einem Antrag des Ausschusses der „Freien Hochschulgemeinde", der bezweckt, den Betriebs- und Arbeiterräten eine Ausbildung in betriebs- und verwaltungstechnischen Fragen zu ermöglichen.

Der Antrag fand einstimmig Billigung und wurde zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit eine Kommission eingesetzt.

Des weiteren erschien eine Kommission aus Adlershof, die über die Maßnahmen der Regierungstruppen berichtete. Die Angaben dieser Kommission waren so schwerwiegender Natur, daß sofort zwei Mitglieder des Vollzugsrats beauftragt wurden, gemeinsam mit der Kommission beim Kriegsminister vorstellig zu werden.

Bereits am Montag hatte sich der Vollzugsrat mit den **Wahlen der Delegierten zum Rätekongreß beschäftigt.** Es wurde die Ansicht vertreten, die Wahlen hierzu in einer Vollversammlung vorzunehmen und zwar nach den für Groß-Berlin bestehenden Bestimmungen auf Grund der Betriebswahl.

Nunmehr stellte die S. P. D. folgenden Antrag:

„Wir ersuchen, den Bestimmungen des Zentralrats gemäß, die Vorarbeiten für die Neuwahl der Arbeiterräte zum zweiten Rätekongreß unverzüglich in die Wege zu leiten, und sich zu diesem Zweck sofort mit dem Magistrat der Stadt Berlin sowie den Gemeindebehörden von Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim ins Einvernehmen zu setzen."

Von den Mitgliedern der U. S. P. D. wurde dieser Antrag schroff bekämpft und folgender Antrag eingebracht:

„Der Vollzugsrat lehnt eine Wahl der Delegierten zum Rätekongreß nach den Bestimmungen des Zentralrats ab. Er erblickt in dem Bezirkswahlsystem einen bösartigen Versuch, einen Rätekongreß zustande zu bringen, der die Schaffung einer Räteorganisation nach dem Wunsch der Regierung und der Führer der Rechtssozialisten gewährleisten soll. Der Vollzugsrat lehnt es ab, an diesem Verrat mitzuwirken; er hält nach wie vor an dem Betriebs- und Berufswahlsystem fest und schlägt der am 24. 3. tagenden Vollversammlung vor, sich dieser Stellungnahme anzuschließen."

Der Antrag der S. P. D. wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen und war dadurch der Antrag der U. S. P. D. erledigt.

Der Mordbefehl der G. K. Sch. D.

Der „Vorwärts" hat sich neulich beeilt, das offiziöse Dementi sofort zu verbreiten, daß ein Befehl der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, wonach jeder erschossen werden soll, in deren Wohnung Waffen gefunden werden, nicht ergangen sei. Wir haben daraufhin sofort in Nr. 130 der „Freiheit" vom Dienstag, den 18. März, den genauen Wortlaut dieses Befehls abgedruckt. Ein Teil der bürgerlichen Presse, darunter selbst reaktionäre Organe wie die „Post", haben den Befehl nachgedruckt. Aber der „Vorwärts" schweigt noch immer. Er, der sich durch die Verbreitung der Ableugnung des Befehls zum Mitschuldigen an dem Vertuschungsversuche der G.-K.-Sch.-D. gemacht hat, hält es jetzt nicht für nötig, seinen Lesern davon Kenntnis zu geben und ihnen den Wortlaut des Befehls zu unterbreiten.

Wie die Schergen der G.-K.-Sch.-D. gehaust haben und wie auf Grund dieses Befehls selbst Leute mit gut nationaler Gesinnung erschossen worden sind, geht aus der folgenden Eingabe hervor, die Herr Rechtsanwalt Wittner, Berlin O., Holzmarktstraße 2, der bereits mehrere derartige Fälle aufgedeckt, an den Reichswehrminister gerichtet hat. Die Eingabe lautet:

„In den von mir eingereichten Anzeigen vom 13. und 16. März d. J. trage ich noch folgenden Fall vor:

Der Leutnant, der die Entwaffnung vorgenommen hat, heißt Szekalla. Er hat am Donnerstag, den 13. März, bei dem Klempnermeister Wallmann auch eine Haussuchung vorgenommen. Wallmann ist vor kurzem aus dem Felde zurückgekehrt und ist ein angesehener Mann von, wie mir versichert wurde, deutschnationaler Gesinnung. Er besaß ein deutsches Infanteriegewehr, das er abgegeben hat, als die Aufforderung zur Waffenabgabe erfolgte. Außerdem hat er aus dem Felde ein französisches Infanteriegewehr mitgebracht, das stark beschädigt und unbrauchbar war. Dieses wurde ihm belassen und eine Bescheinigung darüber erteilt. Zu dem französischen Gewehr besaß er einige französische Patronen. Ferner hatte er als Andenken zwei Exerzierhandgranaten verwahrt, die er als Briefbeschwerer benutzte, nachdem die Füllung der Granaten entfernt war. Endlich ist er seit vielen Jahren im Besitz einer Browningpistole, die er aus Liebhaberei angeschafft hat. Die Browningpistole hatte er im Ofenrohr versteckt. Bei der Haussuchung hatte er den Besitz des Browning nicht angegeben. Der Leutnant Szekalla soll ihn nicht darauf hingewiesen haben, daß er ihn erschießen lassen werde, wenn er Waffen bei ihm finde. Dies hat mir seine Braut, Fräulein Gertrud Bolin, die bei der Haussuchung zugegen war, erklärt. Im Schreibtisch wurde eine Browningpatrone vorgefunden. Als der Leutnant Wallmann fragte, ob er einen Browning besitze, gab er dies sofort zu und holte den Browning aus dem Ofen heraus. Darauf ließ ihn der Leutnant nach der Alexanderkaserne abführen. Als die Braut weinte, sagte Wallmann: „Weine doch nicht, denn ich komme ja bestimmt wieder, denn ich habe ja nichts getan." Wallmann wurde nach der Alexanderkaserne geführt und dort auf Befehl des Leutnants in einem Pferdestall erschossen. Vor dem Tode sagte er noch dem Leutnant: „Sie erschießen einen Unschuldigen." Die Leiche wurde von den Soldaten noch ihrer Stiefel beraubt. Die Stiefel sind gestohlen.

Wallmann hat sich weder gewehrt, noch bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet. Es ist natürlich keine Rede davon, daß der angesehene Mann, der, wie gesagt, gut nationaler Gesinnung war, sich an den Unruhen beteiligt oder von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Der Vorgang liegt ebenso schwer wie der bereits mitgeteilte Fall Abrahamsohn. Ich weise darauf hin, daß die Aufregung der Bewohner der Holzmarktstraße infolge des brutalen Vorgehens des Freikorps Lüttow eine ganz ungeheure ist, und daß allgemein ein energisches Einschreiten gegen den Offizier erwartet wird, der sich diese Taten zuschulden kommen ließ.

Ich darf die Bitte aussprechen, mich von dem Ergebnis der Untersuchungen zu benachrichtigen.

Das „Berliner Tageblatt", dem wir diese Eingabe entnommen haben, gibt zu, daß sich diesen Fällen noch sehr zahlreiche andere anreihen. Trotzdem benutzt es diesen Anlaß zu dem Versuch einer Rechtfertigung der Existenz der Regierungstruppen und zu einem schäbigen Angriff auf die „Bundesgenossen und Schützer des Spartakus". Diese Haltung des Blattes wundert uns nicht. Das Verbleiben der Regierungstruppen soll unter allen Umständen auch gegen den Willen der Masse der Bevölkerung erzwungen werden. Und diesem Zweck müssen natürlich alle Mittel dienen.

Vor dem Generalstreik der Eisenbahner.

Breslau, 19. März. Gestern fand eine Vertreterversammlung der Obmänner der Breslauer Eisenbahnarbeiter statt. Die Abstimmung ergab eine Zweidrittelmehrheit für den sofortigen Generalstreik aller Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter bei Nichterfüllung ihrer Forderungen. Nach Mitteilungen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes fällt die endgültige Entscheidung über die Erfüllung der Forderungen am Freitag nachmittag in Berlin.

Auch die oberschlesischen Eisenbahner sollen in eine Lohnbewegung eingetreten sein. Sie wollen aber zunächst die Entscheidung in Breslau abwarten.

Neuwahlen in Frankreich.

Bern, 20. März. Laut „Progres de Lyon" beschloß die Regierung, die französischen Neuwahlen für die Parlamente usw. im Laufe des Juli stattfinden zu lassen. Dies gestattet den Rückschluß, daß man mit einer völligen Demobilmachung aller Klassen der Reserve des aktiven Heeres bis zum 30. Juni rechnet.

Die Aufhebung der Blockade.

Amsterdam, 20. März. In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erklärte Austen-Chamberlain während der Debatte über die Finanzlage je eher die Blockade aufgehoben werden könne, um so angenehmer sei es den Alliierten, denen es willkommen wäre, wenn Deutschland einen Teil seiner Versorgung aus neutralen Ländern beziehen könne.

Der Niederbruch der Volkswirtschaft.

Von Prof. Dr. E. Ballod.

Die siegreiche deutsche Revolution erweckte nicht nur in Arbeiterkreisen die rosigsten, hochfliegendsten Hoffnungen auf den Anbruch einer neuen, einer sozialen Aera in Deutschland, die durch die großzügigste Neuorganisation der Volkswirtschaft alle Not, alles Elend des Krieges vergessen machen würde. Hatte doch der Krieg eine gewaltige Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte mit sich gebracht, eine Beschleunigung des Entwicklungsprozesses, der zum Großbetriebe führte. Die Zusammenballung aller Kräfte hatte Deutschland im Weltkriege einen vierjährigen Widerstand möglich gemacht, bis es der durch die wahnsinnige Ueberhebung seiner Führenden hervorgerufenen Weltkoalition erlag. Nun die Kämpfe „um Kränze blutigen Ruhms", um die Weltherrschaft für die deutschen Fürsten, Weltausbeutung für die deutschen Kapitalisten zu Ende waren, konnte man meinen, daß endlich die Aera für die deutsche werktätige Arbeit anbrechen würde, daß nun alles drangesetzt werden würde, um die im Kriege geschaffenen gewaltigen Hilfsmittel der Volkswirtschaft für die friedliche aufbauende Arbeit zum Heile des Volkes, nicht zwecks Erhöhung der Profitrate zu verwenden.

Es ist anders gekommen! Man hat gezögert, der Arbeiterschaft auch nur die Mitleitung der Volkswirtschaft zuzugestehen, und man hat es für die höchste Weisheit gehalten, alle Einrichtungen, die der Krieg geschaffen, mit möglichster Beschleunigung zu zerschlagen — zur Ehre der bürgerlich-individualistischen Wirtschaftsordnung. Der psychologisch begreifliche Widerwille gegen den Militarismus und die Kriegswirtschaft hat es dazu gebracht, daß man selbst auf sozialistischer Seite nicht schnell genug die Kriegswirtschaft abbauen zu sollen geglaubt hat, anstatt sie für die Durchführung der Wirtschaft des Sozialismus zu benutzen. Die Frauenarbeit ist eingeschränkt zugunsten der vom Felde heimkehrenden Männer, und auch für die letzteren ist bei weitem nicht genügend Arbeit geschaffen. Schon gibt es in Groß-Berlin ¼ Million Arbeitslose, im Reiche sicher über 1 Million. Und noch steht uns die Rückkehr von fast 1 Million kriegsgefangener und internierter Feldgrauer bevor.

Also an Arbeitern fehlt es nicht, wohl aber an Arbeit. Dem widerspricht es nicht, wenn erklärt wird, daß nicht genügend Kohle für die bisherige Industrie produziert wird. Man vertraue den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft die Mitregulierung der Kohlenproduktion an, und die Klagen über Kohlenmangel werden aufhören. Bereits heute lagern in Westfalen über 2 Millionen Tonnen Kohle, die nicht abgeholt werden, angeblich infolge Wagenmangels nicht abgeholt werden können. Erst heißt es, die Kohlenarbeiter wären faul geworden, jetzt heißt es, wir hätten nicht genug Waggons und Lokomotiven, die Entente hätte uns zu viel weggenommen. Zugegeben, daß uns die Entente infolge der harten Waffenstillstandsbedingungen das beste rollende Eisenbahnmaterial genommen hat. Reicht der Rest tatsächlich nicht aus, um einen notdürftigen Verkehr zu ermöglichen? Mußte wirklich zu den ganz unerhörten Verkehrseinschränkungen und Beschränkungen gegriffen werden? Wir sollen doch im Herbst 1918 rechnungsmäßig 34 600 Lokomotiven gehabt haben. Waren davon 5000 abzuliefern, so verblieben noch 29 600. Zugegeben, daß auf dem französischen, südöstlichen und östlichen Kriegsschauplatz eine Anzahl der daselbst befindlichen 4800 deutschen Lokomotiven zurückblieben. Aber es gab doch da auch 3200 Beutelokomotiven. Zugegeben auch, daß in Oesterreich eine Anzahl deutscher Lokomotiven zurückgeblieben sein mögen. Sehr groß kann diese Zahl nicht sein, vielleicht 500—1000. Unter allen Umständen müßten in Deutschland mindestens 25 000, vielleicht 30 000 Lokomotiven verblieben sein. Und dies waren nicht lauter alte Lokomotiven. Etwa 20 000 deutsche Lokomotiven waren jünger als 20 Jahre, über 10 000 jünger als 10 Jahre. Zugegeben nun, daß die deutschen Lokomotiven durch die sinnlose Entfernung der kupfernen Feuerbüchsen sehr gelitten hatten. Es gab doch am 10. November v. J. noch über 100 000 Tonnen Rotmetall in Deutschland, mit dessen Hilfe man die schadhaften Lokomotiven in kürzester Zeit hätte wieder ausbessern

können, zumal doch nun die gelernten Maschinenarbeiter Schlosser, Dreher usw. nicht mehr an der Fabrikation von Kanonen, Granaten und Maschinengewehren zu sitzen brauchten, sondern für friedliche Zwecke zur Verfügung standen. Aber es soll uns auch an Personenwagen fehlen. Ein offenbarer Waschzettel des Eisenbahnministeriums besagt, wir hätten anstatt eines „rechnungsmäßigen" Bestandes von 66 000 Personenwagen nur noch einen solchen von 38—40 000, von denen nur 32 000 betriebsfähig seien. Da von diesen 10 000 der Entente abgegeben werden mußten, blieben nur 20 000 zur Verwendung im Inlande übrig, von denen wieder 2—3000 dauernd im Reparaturzustande waren. Rest 17 000. Mit Verlaub. Der „rechnungsmäßige Bestand" an Personenwagen betrug bereits 1915 70 606. Auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen gab es Juni 1918 nicht 30 000, sondern nur knapp 7600 deutsche Personenwagen und zirka 3700 Beutewagen. Also muß es, selbst wenn man annimmt, was ganz ungeheuerlich wäre, daß kein einziger deutscher Wagen aus Belgien, dem besetzten Gebiet in Ober-Ost gerettet wäre, und daß in Oesterreich-Ungarn sich 3000 deutsche Personenwagen verkrümelt haben, immer noch 60 000 und nicht 38—40 000 deutsche Personenwagen in Deutschland gegeben haben. Personenwagen, die jünger als 17 Jahre waren, gab es 1915 etwa 35 000. Die Ablieferung von 10 000 konnte also den deutschen Personenwagenpark noch nicht erschöpfen. Es gab ferner 1915 725 000 Güter- und 19 959 Gepäckwagen. Auch wenn man die auf den Kriegsschauplätzen Juni 1918 befindlichen 85 000 Wagen voll abzieht, für Oesterreich-Ungarn noch weitere 40 000, verbleiben 600 000, von denen 140 000 abgeliefert werden mußten. Es verblieben also 440 000. Dazu sei bemerkt, daß wir 1901 überhaupt erst in Deutschland 437 000 Güterwagen hatten. Also, die Ausreden mit dem Mangel an Eisenbahnfuhrpark sind — Ausreden. Zugegeben, daß die meisten Wagen sich im reparaturbedürftigen Zustande befinden. Geschieht aber wirklich vom Eisenbahnministerium alles, um die Reparaturen zu beschleunigen? Wie sehr es da hapert, darüber haben wir sogar in der doch stramm bürgerlichen „Vossischen Zeitung" bewegliche Klagen gehört. Es ist doch in der Tat ein Treppenwitz der Wirtschaftsgeschichte: man hat einen Bürokraten an der Spitze des Eisenbahnministeriums belassen, damit er als „Fachmann" nach dem Rechten sehen solle — und dieser Eisenbahnminister (der übrigens beileibe kein Fachmann ist, vielmehr Nichttechniker ist) hindert durch übertriebenen Bürokratismus, Knauserei am unrechten Platz die uns so notwendige schleunige Wiederherstellung des Eisenbahnmaterials. Aber an derartige Stückchen sind wir ja in der neudeutschen, „sozialen" Republik gewöhnt. Auch der Herr Staatssekretär des Reichschatzamtes, Schiffer, ist ja als „Fachmann" im Amte belassen worden, obwohl er, Jurist von Beruf, als bloßer Politiker, der sich vorher nie mit Finanzen befaßt hatte, ins Amt gekommen ist. Ach ja, Herr Schiffer weiß den Pfennig zu ehren. Er hat schleunigst „Ersparnisse" vornehmen lassen, unter anderen die Aufarbeitung der Betriebs- und Berufszählung vom August 1916 kassiert, um ¼ Million Mark zu sparen! Die alte Bürokratie wußte wenigstens, daß die genaue statistische Kenntnis der Volkswirtschaft für alle gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen von größter Bedeutung war. Auch die Sozialisten von Bedeutung und Ruf — man denke an August Bebel, betonen die Wichtigkeit der Statistik gerade für den sozialen Staat. Nach Herrn Schiffer ist Statistik überflüssiger Plunder, auch wenn man ohne sie nicht ein- und aus weiß. Und die Herren Ebert-Scheidemann brauchen natürlich erst recht keine Statistik. Dafür wird glänzend weiter gewurstelt. Für den Neuaufbau der Volkswirtschaft hat man kein Geld, die Industrie bekommt keine Aufträge — man muß doch sparen! Daß die Notwendigkeit der Fürsorge für die Arbeitslosen uns allgemach Milliarden kosten wird, steht ja auf einem anderen Brett. Herr Schiffer hat gespart! Und läßt durch seine Preßkulis (siehe „Nordd. Allg. Ztg.", 26. Februar) die, die Vermögenssteuerobjekte ausgearbeitet und Staatsaufträge für die Industrie gefordert, beschimpfen und verkünden, er denke gewiß auch an umfassende Steuermaßnahmen, sogar an Monopole. Einstweilen sehen wir bloß keine, einstweilen geht es mit Siebenmeilenstiefeln dem Abgrunde, dem Staatsbankerott zu. Sieht man nicht, daß es darauf ankommt, um jeden Preis unsere Industrie zu beleben. Wohl sind eine Reihe Rohstoffvorräte erschöpft, aber Kohle und Eisen können wir noch produzieren und damit Maschinen, um unsere gesamte Volkswirtschaft zum maschinellen Großbetriebe umstellen, umorganisieren zu können. Aber für diese Umorganisierung gibt es ja keinen privatwirtschaftlichen Bedarf, kein Privatgeld. Also müssen sie nach der Weisheit der uns Regierenden unterbleiben. Denn sozialistische Großbetriebe, Großunternehmen, darf die Regierung der Ebert-Scheidemann nicht schaffen. Das verbieten ihr die schwarz-goldnen Bundesgenossen. Nicht einmal landwirtschaftliche Maschinen, Motorpflüge zum vermieten dürfen gebaut werden, trotz der entsetzlichen Not an Anspann, trotzdem wir aus Fleischnot einen Teil unserer Pferde verzehren. Neue Eisenbahnbauten, Notstandsarbeiten? Lokomotivbauten, Waggonbauten? Wozu? Bemüht man sich doch verzweifelt, denselben vorhandenen Verkehr lahmzulegen, auszurotten. Führen die Herren bürgerlichen „Fach"-Minister Schiffer und Hoff uns wirklich „herrlichen Zeiten" entgegen, oder nicht vielmehr dem Abgrunde zu? Diese alle Herren werden so lange mit ihrer Weisheit großtun, bis das Volk sein Mene, mene, Tekel, gesprochen haben wird. . . .

Der Krieg mit Rußland.

Mit allen Mitteln suchen die Regierung und ihre Preßtrabanten die Stimmung für den Krieg gegen die Bolschewiki zu schüren. Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht heute den Artikel eines gewissen Victor Schiff aus Königsberg, in dem erzählt wird, daß die russische Rote Armee unbedingt demnächst in Ostpreußen einmarschieren werde. Das „Berliner Tageblatt" selbst ist so vorsichtig, ausdrücklich zu bemerken, daß es für die Richtigkeit dieser Behauptung selbst nicht einstehe, und es entwertet den Artikel dadurch noch vollständig, daß es mitteilt, daß dieser Victor Schiff Pressereferent des Reichsbevollmächtigten im Osten, d. h. ein Reptil des berüchtigten Winnig ist, dessen Sozialimperialismus ihn zu einer Politik befähigt hat, die ganz im Interesse der baltischen Barone geführt wird. Sein Offiziosus möchte nun glauben machen, daß der Osten in höchster Gefahr sei. Er kann aber für diese Behauptung nicht den geringsten Beweis erbringen, vielmehr muß er selbst zugeben, daß die russische Front nur sehr dünn besetzt sei, und daß die russische Armee überhaupt ohne Nachschub ist.

In Wirklichkeit wäre die bolschewistische Regierung zu einem ernsten Feldzug aus Mangel an Mitteln, vor allem auch an Transportmitteln, gar nicht imstande. Sie hat aber auch wiederholt erklärt, daß sie dazu auch gar nicht die Absicht habe. Die deutsche Regierung aber unterläßt alles, um mit der russischen in Verhandlungen einzutreten. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, zu einem Abkommen zu gelangen. Sie will es eben nicht, sondern sie will den Krieg gegen die Bolschewiki, und ihr einziges Bemühen ist darauf gerichtet, die Unterstützung des Ententekapitalismus für diesen Krieg zu gewinnen. Es ist eine Politik, die man nicht anders als schmachvoll bezeichnen kann.

Unfähigkeit und böser Wille.

Der Abbruch der Verhandlungen in Posen ist ein neuer Beweis für die Untüchtigkeit und die Leichtfertigkeit der von der deutschen Regierung mit Verhandlungen Betrauten. Selbst der „Vorwärts" wagt diesmal einen schüchternen Zweifel, ob die deutsche Regierung den Wert der Verhandlungen so hoch einschätze, als es dringend gewünscht werden muß.

In der Tat handelt es sich um eine Reihe wichtiger Punkte. Insbesondere war vom Zustandekommen der Uebereinkunft die Wiederaufnahme des Verkehrs der Eisenbahnen, der Post und der Schiffahrt zwischen den durch die militärische Demarkationslinie getrennten Gebieten abhängig. Ferner sollte den nationalen Minoritäten Schutz gewährt werden. Vor allem aber wäre es möglich gewesen, nach Abschluß einer Uebereinkunft mit den Polen endlich zu einer weiteren Verständigung zu kommen, die sowohl aus wirtschaftlichen als aus politischen Gründen dringend nötig ist.

Statt dessen haben die deutschen Unterhändler die Verhandlungen aus den nichtigsten Gründen scheitern lassen, an der kleinlichen Frage über die Zusammensetzung der Berufungsinstanzen für Beschwerden. Der Zentrumsmann, Herr von Rechenberg, wünschte, daß der Vorsitzende in die Berufungskommission vom Papst ernannt werden sollte. Darauf gingen die Franzosen, die für die klerikale Reklamebedürfnisse der Herren Erzberger und Rechenberg wenig Verständnis haben, nicht ein, und so wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Das hat natürlich das Gute für die Militärs und für die Hakatisten, daß eine neue nationalistische Hetze inszeniert und vor allem die Freiwilligenwerbungen wieder mit verstärktem Nachdruck betrieben werden können.

So schaut die auswärtige Politik der Regierung aus!

Die Gründe des Abbruchs der Verhandlungen.

Berlin, 20. März. In der Note, durch welche Botschafter Noulens, der Vorsitzende der interalliierten Kommission in Posen dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission, Freiherrn von Rechenberg, den Abbruch der Verhandlungen mitteilte, heißt es u. a.:

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegierten unter dem Vorwand zurückberufen, mit ihnen zu beraten und hat sie dann, ohne genügende Weisungen, zurückgeschickt.

Die deutsche Oberste Heeresleitung hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, dem General von Dommes, untersagt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Zivilgewalt einig zu gehen.

Schließlich hat auch Herr Minister Erzberger darauf bestanden, in eine Waffenstillstandskommission einen Vertreter des Papstes oder der Schweizer Eidgenossenschaft einzuführen, und auf die Garantie, welche wir ihm dadurch gegeben haben, daß wir die Wahl (des Vorsitzenden) durch die Internationale permanente Waffenstillstandskommission in Spaa vornehmen lassen wollen, antwortete er ungeachtet Ihrer Zustimmung mit einem augenscheinlich unannehmbaren Angebot.

Die Interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Taktik hergeben, welche die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Februar 1919 ergeben.

W. T. B. berichtet dazu offiziös: Diese Note des Botschafters Noulens geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Durfte die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein den Gegnern die Mehrheit in der Oberkommission zugestand, die endgültige Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen und Polen restlos in die Hände der Alliierten legen? Das durfte die deutsche Regierung nicht!

Diese Note, die uns erst nach Schluß der Redaktion zuging, bestätigt trotz der offiziösen Ableugnungsversuche, daß die deutsche Regierung die nationalistische Hetze des deutschen Militärs kräftig unterstützt ohne Rücksicht auf die Gefahren, die daraus dem deutschen Volke drohen.

Die Ausfahrt der deutschen Schiffe.

Ueber die Haltung der Seeleute zu der Ausfahrt der deutschen Schiffe aus dem Hamburger Hafen werden die folgenden widersprechenden Meldungen verbreitet, die wir deshalb nur mit allem Vorbehalt wiedergeben.

Kammerspielhaus.

Unterwegs.

Drama von Thaddäus Rittner.

Das uralt ewige Motiv des unsterblichen Don Juan! Mit genialer Ueberlegenheit gestaltete es in unseren Tagen Bernard Shaw (in seiner besten Komödie „Mensch und Uebermensch", die in England unzählige Male, bei uns aber leider gar nicht gegeben wurde). Thaddäus Rittner, der schon früher Proben seines Bühnentalents gab, beschwört es aufs neue herauf. In seinem gestern zum ersten Male aufgeführten Drama „Unterwegs" sollen die handelnden Personen offenbar moderne Umwandlungen des Don Juan, des Leporello, der Donna Anna, Elvira und Zerline sein — und nur die göttliche Musik des Wolfgang Amadeus Mozart fehlt.

Bei Rittner ist der Don Juan zu einem dekadenten Aristokraten geworden, der auf seinem Landgut ohne Blasiertheit mehr ein müder Träumer als ein stürmischer Genießer ist. Er lebt nur für die Frauen und ist restlos ehrlich in seiner völligen Hingabe an sie. In allen Abenteuern, die täglich oder stündlich bei ihm wechseln, ist es ja nur das bunte Spiel der Farben und Formen, das ihn lockend reizt. Viel weniger ein frei wählender Verführer als vielmehr ein ewig und immer wieder Verführter. Wer das Problem des Don Juan nicht bloß physiologisch, sondern auch philosophisch durchdenkt, wird begreifen, daß dieser scheinbar so aktiv urmännliche Typus im Grunde an allen passiven und dabei ausgesprochen weiblichen Leidenschaften krankt. Sein Sündchen ist die Romanze und seine Melodie elegisch. Er ist immer unterwegs nach einem sentimentalen Glück. Er hat, um ein Wort Peter Altenbergs von den Frauen gerade auf ihn anzuwenden, nur eine Welt, die Liebe (die psyche-sexuelle), während der Mann nur eine Liebe hat, die Welt!

Rittners Don Juan vergöttert seine Geliebte auch dann noch mit voller Inbrunst, wenn schon der Schimmer einer neuen Gestalt durch die Verklärung bricht. Es bleibt immer der gleiche Rausch und die gleiche Selbstverzehrung, wenn auch das Objekt der Anbetung wechselt. Hier ist es ein benachbartes Burgfräulein und die Frau seines ihm befreundeten Sekretärs, in die er nacheinander liebestoll verschwärmt ist. Ehe sich noch die erotische Neigung zu einem an seiner Gefühlssphäre zuletzt vorbeihuschenden Kind und Jungfrau auswirkt, überfällt ihn, weil er den Freund betrogen, eine ganz unerwartete moralische Umwandlung: Mit dem Dolch, den eine Geliebte in seinen Armen kraftlos sinken ließ, läßt er sich von seinem Leporello-Sekretär töten, um mit opernhaften Don-Juan-Reminiszenzen auf den Lippen sterbend ewiges Leben zu bekennen.

Aus aller bühnenkundigen und sehr bewußten Mache klingen doch auch echte Töne, die Rittner trotz mancher abgerissener Banalität in die Nähe des Dichterischen rücken. Das Publikum freilich schien nicht willens, den tieferen Zusammenhängen nachzuspüren, hielt sich mit freundlicher Heiterkeit an die äußere Ehebruchskomödie und klatschte nur mäßigen Beifall. Dabei war die Darstellung künstlerisch hervorragend, und Eugen Roberts Regie brachte durchgeistigte Stimmung auf die Bühne, müßte aber den Rhythmus im ersten, etwas schleppenden Akt noch beschleunigen. Den Don Juan gab Moissi, sehnsüchtig aus dem Dunklen ins Helle sich wiegend, trällernd, vor sich hinsingend, einmal auch zur Gitarre greifend, sonst nur seine Stimme als Instrument nutzend, schmiegsam, mit zarten, weichen und aufbegehrenden Tönen. Den Sekretär rückte Werner Kraus als die interessanteste Figur des Stückes im Geiste E. T. A. Hoffmanns mit eindringlich lächelnder Gebärde in durchaus phantastische Sphären; dieser Schauspieler pflegt die Kunst, eine von ihm vollkommen realistisch angepackte Gestalt bis zur wahnwitzigen Wirklichkeit zu steigern. Ferdinand Gregori verfügt in hinreichendem Maße über die Nüchternheit, um als entgegengesetzt geartetes Bruder des Don Juan einen bloß raisonnierenden Frauenarzt so zu sprechen, daß er nicht als Mensch, sondern lediglich als pädagogische Einrichtung und technischer Behelf in dem Stücke erscheint. Maria Fein war ganz die aus derber Strenge hinschmelzende Geliebte, Lucie Höflich voll Natur die blonde Frau der treulos treuesten Liebe, und Carola Toelle gab kinderjung emportastendes Leben.

Erich Baron.

Die Verlobung Wedekinds ist nun auch nicht mehr aufzuhalten, nachdem die Gattin des verstorbenen Dichters ihre Einwilligung dazu gab. Der Dramen Frank Wedekinds ist mit dieser Aufschlag von der Bühne zum Kino nicht gedient, denn an Stelle von seinem Geist und Witz wird nun der krasse szenische Effekt treten.

*

Die Verhölle, eine Tragödie von Rudolf Leonhard, wird am Sonntag, den 23. März, mittags 12 Uhr, von der „Dramatischen Gesellschaft" im Charlottenburger Kleinen Schauspielhaus zum ersten Male aufgeführt.

Volk, Kunst und Künstler.

Winkelmanns Verherrlichung der Antike ist immer noch der Grundstein zum Kunststudium an den staatlichen Kunstakademien. Verpönt ist das Leben und das Auseinandersetzen mit demselben. Handwerk wird nicht gelehrt. Das sorgfältigste Herstellen von sauberen Blättern verbirgt das nicht vorhandene Können. Ein jeder wahrhaft Befähigte muß selbst sehen, wie er sich die notwendigsten Techniken aneigne; der Maler, wie er seinen Malgrund herstelle, wie er seine Farben auf reine, damit er überhaupt lerne, ein haltbares Gebilde anzufertigen; der Bildhauer, wie er sein Modellgerüst herstelle, gar nicht daran zu denken, ob sein Modell dann auch in echtem Material ausführbar sei. In Gips kann es auf jeden Fall gegossen werden.

Lehren von Scheinkunst ist die gegenwärtige Tätigkeit an den Akademien. Als handwerkliches Können wird Bleistiftspitzen, Glattreiben des Tones gelehrt, statt materialechtes Gestalten künstlerischer Ideen. Unendlich schwellen die zusammengeleimten Geduldsspiele der sogenannten Studien an.

Studien für was? und zu was? frage ich!

Mustergezeichner der Kunst werden gezüchtet. Wacht auf! Zerstreut Eure Trägheit! Werdet fähig, vom Leben zu lernen und für das Leben zu wirken. Dann findet Ihr Ausdruck genug und braucht nicht zurückzugreifen zu alten Emblemen früherer Stilepochen.

Werdet schöpferisch im Lernen, und Ihr seid dann Meister im Lehren!

Wir erhoffen durch die sozialistische Republik nicht nur eine Gesundung der Kunstverhältnisse, sondern auch das Entstehen einer einheitlichen Kunstepoche für unsere Zeit. Auf der Basis des von allen bildenden Künstlern je nach Art verschieden zu erlernenden Handwerks soll uns die Morgenröte der Einheit „Volk und Kunst" erglänzen. Nicht mehr soll es nur in der Hauptsache Söhnen vermögender Müßiggänger möglich sein, die Kunst als eine interessante, standesgemäße Beschäftigung zu betrachten. Im Gegenteil muß den Söhnen des Volkes die Möglichkeit geboten werden, durch das Handwerk weiter zu schreiten zur Kunst. Kunst ist keine Spielerei, sondern Pflicht dem Volke gegenüber. Sie ist eine öffentliche Angelegenheit.

Die auf der Strecke Liegengebliebenen sind dann auch nicht nutzlose Drohnen, sondern immer noch tüchtige handwerkliche Qualitätsarbeiter, welche dem Staate als solche nützen. Wir wollen das Volk ertüchtigen in der Arbeit und im Gefühl.

Die erste von der Telegraphen-Union verbreitete Meldung lautet:

Hamburg, 19. März. Ein folgenschwerer Beschluß wurde, wie der „Hamburger Korrespondent" mitteilt, heute mittag in der Vollversammlung der Seeleute aller Chargen gefaßt. Es handelt sich um die Auslieferung unserer Handelsflotte. Bekanntlich hat die Entente in dem Waffenstillstandsvertrage gefordert, daß die deutschen Seeleute nach Ueberführung unserer Flotte in feindliche Bestimmungshäfen abgemustert werden sollen. Nach zweieinhalbstündigen Verhandlungen faßten die im Zirkus Busch versammelten Seeleute folgende Entschließung:

„Die heutige Vollversammlung der Seeleute aller Chargen verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf deutschen Schiffen zu verweigern."

Die zweite vom W. T. B. verbreitete Meldung sagt:

Berlin, 19. März. Zwischen dem Verband der deutschen Reeder und dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der letzten Wochen eingehende Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen stattgefunden. Diese Verhandlungen führten erfreulicherweise zu einem guten Resultat; der Tarifvertrag kam zustande. Eine kleine Gruppe radikaler Seeleute, im Deutschen Seemannsbund organisiert, suchte dies zu stören und trat an die Reeder mit der Forderung heran, die Sätze des Tarifvertrages um 100 Prozent zu erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ausfahren. Der Deutsche Seemannsbund suchte die Arbeitswilligen von der Anwerbung fernzuhalten, berief in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen.

Eine Note der deutschen Regierung.

Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa hat gestern abend folgende Note überreicht.

„Nach englischen Blättermeldungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen ausgehändigt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgend welche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegation hänge von der inneren Lage Deutschlands ab.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen Pichon in der wöchentlichen Pariser Presse-Konferenz nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vorfrieden, so wie er ausgearbeitet worden sei, nur annehmen oder sie könnten ihn auch ablehnen.

Der Reichsminister des Aeußern und ich als Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission ersuchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldung der englischen und französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von zuständiger amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen, und ob die alliierten und assoziierten Mächte nach diesen Meldungen zu verfahren gedenken.

Reichsminister Erzberger."

Der verbesserte Kriegsminister.

Der A.- und S.-Rat der Flugzeugmeisterei Adlershof übersendet uns folgende Erklärung:

„Auf Grund der Erklärungen des Herrn Kriegsministers in der preußischen Landesversammlung am 17. März über Waffen- und Munitionsfunde in Adlershof, sehen wir uns zu folgender Richtigstellung veranlaßt:

Die Belegschaft der Flugzeugmeisterei Adlershof hat durch geheime Abstimmung mit 2873 gegen 2115 Stimmen den Generalstreik beschlossen.

Während des Generalstreiks ist auf dem Flugplatz alles ruhig verlaufen. Der Platz wurde vorschriftsmäßig bewacht, auch beruht das Gerücht vom Auftauchen von Flugzeugen während der Streiktage auf Unwahrheit. Die Waffen und Munition sind nicht in der Gemeinde Adlershof, sondern in der Flugzeugmeisterei gefunden worden. Die Gemeinden Adlershof und Bohnsdorf hatten für ihren Sicherheitsdienst Gewehre geliehen bekommen.

Die Maschinengewehre stammen aus Flugzeugen, die aus den aufgelösten Abteilungen nach hier zurückgesandt werden, also für Straßenkampf nicht zu gebrauchen sind. Selbige gehen von hier nach Döberitz. Alle anderen Maschinengewehre stammen aus der aufgelösten Abteilung Darmstadt.

Die Gewehre und Karabiner waren dem Wach- und Sicherheitsdienst nach dem Januarstreik von der Regierung zur Beschützung der auf dem Platze lagernden Millionenwerte zugestanden worden. Die Seitengewehre lagern in der Waffenkammer noch seit dem Kriege. In der Anzahl der Patronen sind die Patronen der Maschinengewehre enthalten. Die Gewehrpatronen waren vorschriftsmäßig verschlossen.

Ueber die Art und Menge der Munition und Waffen ist monatlich ein Bericht an das Generalkommando des Gardekorps gesandt worden. Hieraus geht deutlich hervor, daß die Waffen und Munition zu Recht lagerten und bitten wir Durchsuchungen der Räume auf dem Platze, wie die am Sonntag durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division vorgenommen wurde, indem Türen und Schreibtische aufgebrochen und Fenster eingeschlagen wurden, zu unterlassen. Bemerkt sei noch, daß man neben allen anderen Sachen auch Röcke und Schürzen aus den Spinden gestohlen hat.

Die Erklärungen und „Enthüllungen", die der Kriegsminister der Landesversammlung machte, fallen nach dieser Berichtigung in nichts zusammen. Er hat auch bereits am Mittwoch eine entsprechende Erklärung abgeben müssen.

*

In derselben Angelegenheit erhalten wir noch eine Zuschrift von privater Seite, die eine Erklärung gibt für die verhältnismäßig hohe Anzahl der vorgeschriebenen Patronen:

„In der Halle 94 (Versand für fremde Mächte) standen seit langen Wochen 400 000 Patronen für die holländische Regierung zum Abruf bereit, von der alten Regierung an Holland offeriert, und von der neuen Regierung übernommen. Also ein deutsches Heeresgut, was hier unter Aufsicht, mit Wissen des Kriegsministeriums und der Inspektion der Fliegertruppen zum Abgang stand. Die Patronen sind nun vor kurzem von der holländischen Regierung abbestellt worden, und sollten nunmehr dem Waffen- und Munitionsdepot der Rüstungsabteilung für Fliegerwaffen wieder zugeführt werden, was wegen der Unsicherheit der Verkehrswege noch nicht geschehen konnte. Daher erklärt sich die hohe Zahl der angeblich in Adlershof gefundenen Patronen, womit der Kriegsminister Reinhard bei den sogenannten Sozialdemokraten der Mehrheit und den übrigen bürgerlichen Parteien so übergroßen Beifall fand. Ehe man mit solchen Märchen hausieren geht, sollte man erst fragen, wem gehören die Patronen? Antwort: Der deutschen Regierung, und keinen M. S. P.- oder Spartakusleuten."

Die Unabhängigkeit der Presse in Gefahr.

Berlin, 10. März. In der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts stehen auf organisatorischem und sonstigem Gebiete Reformen bevor. Insbesondere werden auch namhafte Journalisten mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Nachdem bereits der frühere Hauptschriftleiter der „Berliner Morgenpost", Rudolf Cuno, einberufen worden ist, werden demnächst der bekannte Mehrheitssozialist Paul Kampmeyer, früher Hauptmitarbeiter der „Münchener Post", und der Politiker und Kunstschriftsteller Dr. Karl Federn in der Nachrichtenabteilung eintreten, von denen dieser namentlich die auf den Völkerbund bezüglichen Angelegenheiten, jener die Fragen der internationalen Arbeiterpolitik auf dem Pressegebiet bearbeiten werden. Endlich wird die Auskunfterteilung an die deutsche Presse über die auswärtige Politik den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend verbessert werden.

Die Unabhängigkeit der Presse ist durch diese Berufung von Journalisten in amtliche Stellen aufs schärfste gefährdet. Schon jetzt gibt es fast keine Unabhängigkeit der Presse mehr, da die Journalisten der bürgerlichen und der rechtssozialistischen Presse durch bereits erfolgte oder in Aussicht stehende Berufung in amtliche Stellen aufs stärkste beeinflußt werden.

Die Spannung in England.

Rotterdam, 19. März. Der Korrespondent der „Daily News" für Arbeiterangelegenheiten schreibt, es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Parteien einander näher gekommen seien. Die Haltung der Besitzer der Kohlengruben und der Eisenbahnverwaltungen lasse nicht auf die Absicht schließen, irgend ein Zugeständnis zu machen, das als Bewilligung der Forderungen der Bergarbeiter oder Eisenbahnangestellten betrachtet werden könnte. Andererseits habe die Abneigung unter den Bergarbeitern gegen eine Regelung zugenommen. Auch die Eisenbahnangestellten wollen keine ihrer Forderungen fallen lassen. Es sei unwahrscheinlich, daß die Mitglieder der Kohlenkommission zu einer Einigung gelangen würden.

Haag, 20. März. Der Führer der Eisenbahner, Thomas, der, wie bereits gemeldet, zu Lloyd George nach Paris berufen war, erklärte dem Vertreter der „Daily News", die Lage sei ganz außerordentlich ernst. Die in London zurückgebliebenen Minister besäßen nicht die nötige Machtfülle, um für die Regierung weitreichende Entscheidungen zu treffen, wie solche in den nächsten Tagen zu erwarten sein müßten. Die Haltung der Bergwerksbesitzer und der Eisenbahnverwaltungen sei durchaus nicht entgegenkommend, während andererseits die Bergarbeiter noch energischer als bisher auf ihren Forderungen verharrten und auch die Eisenbahner nicht die geringste Neigung zeigten, Zugeständnisse zu machen.

Vergeblicher Rat.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt:

„Der Streik der Arbeiter, der nacheinander alle Städte ergreift, sie aller materiellen Hilfsmittel entblößt, erscheint in der Hauptsache als eine Bewegung der Arbeiterschaft gegen die mehrheitssozialistische Regierung, die, mit oder ohne Schuld, als eine Regierung betrachtet wird, der die Arbeiter nicht weiter trauen können. Was tut nun diese Regierung? Sie hat über ganz Berlin den Belagerungszustand verhängt und Noske, von dem sie meint, daß er sich bei der Niederschlagung des Spartakistenapparates besonders bewährt habe, obwohl diese „Bewährung" vielleicht den Keim zu dem gegenwärtigen Generalstreik gelegt hat, mit der Führung der „Operationen" betraut. Nun läßt es sich nach den Vorgängen in der entscheidenden Sitzung der Berliner Räte nicht verkennen, daß der Streik einem recht beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft aufgenötigt wird, daß große Arbeitermassen ihm widerstreben, von seiner Ueberflüssigkeit und Unfruchtbarkeit vorweg überzeugt sind. Aber Gewalt war gegenüber der Arbeiterklasse allezeit die schlechteste Methode und einer sozialistischen Regierung steht sie besonders schlecht an; ihre Anwendung wird wohl eher die Wirkung haben, daß den Mehrheitlern auch die Anhänger verloren gehen, auf die sie heute rechnen können. Ungleich nützlicher erschiene es uns, wenn die im Vordergrund stehenden Führer, die das Herz der Arbeiter nun eben verloren haben, den Entschluß faßten, vom politischen Schauplatz abzutreten und die Dinge, die sie doch nicht zu meistern vermögen, anderen überlassen würden. Vertrauensmännern des Proletariats, die das Vertrauen der Proletarier noch nicht verloren haben. Das könnte jene Entspannung der Gemüter nach hervorbringen, aus der sich eine Versöhnung zwischen der Auffassung, daß alle Macht den Räten gehören soll, und der Demokratie, die in dem Bestand der Nationalversammlung verkörpert ist, vielleicht herbeiführen ließe. Denn sonst wächst die Erbitterung, verstärkt sich die Neigung, den Kampfplatz immer weiter auszudehnen; steigert sich die allgemeine Not, in der zum Schluß alles untergeht, auch die proletarische Kraft, die allein noch Rettung bringen kann. Wenn sich die Dinge noch weiter verschärfen, wird später auch das nicht mehr nützen; heute könnte es der schwerentäuschten Arbeiterschaft als ein ausreichender Erfolg vielleicht noch erscheinen."

Dies fordern wir als wichtigsten Punkt unseres Selbstbestimmungsrechtes und beweisen hiermit, daß wir nicht nur für Liebhaber, sondern auch für die Gesamtheit wichtig sind. Erwacht erst das öffentliche Gewissen für die Kunstfragen, so reinigt sich auch das Gefühl hierfür, und nur die Trägen im Geiste stehen vereinzelt abseits.

In den Fragen der für den Volksstaat zu sammelnden Sonderleistungen in der Kunst (Museen für Lebende) verlangen wir auf Grund unseres reinen Herzens auch Selbstbestimmungsrecht. Wir wollen nicht, daß uns die Regierung nach altem System Leute alten Systems auf die Nase setzt. Wir wollen nicht nur nachträglich gehört werden, sondern vorher mitbestimmend wirken, den Mann zu finden, welcher durch seine Tätigkeit dasselbe seine Verantwortlichkeitsgefühl in sich trägt wie wir.

Dann erhalte er volle Verantwortung und keine ihn beengenden Kunstkommissionen. Die Revolution hat uns die Freiheit gebracht, jahrelange Wünsche zu äußern und zu verwirklichen. Pflichtgefühl lehrt uns, daß wir die Arbeit für uns selbst auch selbst tun müssen. Wir wollen es und tun es auch ohne persönliche Absichten, das Auge rein auf das ideelle Ziel gerichtet: „Verwirklichung unseres Zeitgefühls zu einer Weltanschauung".

Das Reich der schaffenden Phantasie ersetzt uns die veralteten Dogmen der verschiedenen Religionen, bringt uns Gott im Schaffen näher, als es die auf Befriedigung kindlicher natürlicher Phantasie gerichtete katholische Religion (siehe Schutzpatron für Feuer, Wasser, sonstige Not) oder die sich an die Vernunft wendende evangelische Religion tun könnte.

Darum ist kein leerer Ruf der Schrei: „Die Kunst dem Volke!" Unser Wollen ist unfehlbar, nicht auf persönliches Machtverlangen gegründet. Also wird es uns auch gelingen, unserer Zeit den verlorengegangenen ideellen Geist einzuhauchen. Sind wir auch arm an Gütern, so doch reich an Begeisterung, Opferfähigkeit, Glauben für unser Volk.

Max Pechstein.

*

Zur Umgestaltung der Museen im Sinne der neuen Zeit legt Dr. W. R. Valentiner, ein bekannter Kunsthistoriker, in einem Bändchen der Sammlung „Schriften zur Zeit und Geschichte" (Verlag Groth, Berlin, 2 Mk.) praktische, von sozialem Geist getragene Forderungen in knapper Form dar. Wahre Volkserziehung zur Kunst durch die Museen ordnung werden. Valentiner war bis zum Kriege Direktor am Metropolitan-Museum in New York. Seine auf vielseitigen Erfahrungen beruhenden Ausführungen, (ergänzt durch gutachtliche Aeußerungen von Karl Ernst Osthaus, Paul Zucker, Otto Grautoff und Paul F. Schmidt) sind nicht nur für Fachkreise beachtsam. Wir werden auf den Inhalt gelegentlich noch zurückkommen.

An die Vereinigung der revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs

wendet sich folgendes Schreiben, um dessen Veröffentlichung uns die sozialistische Studentenpartei Berlins bittet:

Dankbaren Herzens erwidern wir die aufrichtigen Gefühle brüderlicher Zuneigung und bekennen uns freudig zu Ihnen als Mitkämpfer für die heilige Sache der Menschlichkeit gegen das kapitalistische Regime. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und mit nie erlahmender Kraft wollen wir wirken für die Internationale des Geistes zum Wohle und Besten der leidenden Menschheit. Einig mit Ihnen in diesem Streben begrüßen wir begeistert jeden Versuch, die sozialistischen Studenten aller Länder zu vereinigen und harren sehnsüchtig des Tages, an dem dieser Versuch zur Tat werde. Im Anschluß an die geplante Internationale Sozialistenkonferenz schlagen wir, Vertreter sämtlicher sozialistischer Richtungen, eine gemeinsame Tagung der sozialistischen Studenten aller Länder vor.

Wir freuen uns, daß von Frankreich der Ruf an die sozialistischen Studenten ausging und hoffen, gerade mit unseren französischen Kommilitonen zur Bekämpfung des Völkerhasses und Herbeiführung der Internationale des Sozialismus in gemeinsamer Arbeit erfolgreich wirken zu können.

Die sozialistische Studentenpartei der Universität Berlin.

*

Programm der sozialistischen Studentenpartei.

Die neugegründete sozialistische Studentenpartei hat jetzt ein Programm aufgestellt, aus dem folgende Forderungen bemerkenswert sind: Die sozialistische Studentenpartei sieht ihre besondere Aufgabe darin, die Schichten der Intellektuellen dem Sozialismus zuzuführen. Als Partei der Studentenschaft hält sie es für ihre Aufgabe, die Hochschule im Sinne des sozialistischen Programms umzugestalten. Es werden ferner eine große Zahl wirtschaftlicher, rechtlicher und pädagogischer Neuerungen formuliert: Aufhebung aller Kolleggelder, sowie der Immatrikulations-, Inskriptions- und Examensgebühren; Druck der Dissertationen auf Staatskosten; für vermögende Studenten dagegen erhöhte Gebühren; Angliederung der Hochschule an den Unterbau einer einheitlichen Staatsschule derart, daß allen Begabten der Weg zum Studium offensteht; Zusammenhang der Hochschule mit dem Volksbildungssystem; Wahl der Dozenten durch Fachleute ohne Mitwirkung des Ministers; Aufhebung der Theologie als Fakultät. Außerdem werden viele einzelne Anregungen gegeben.

Ein Vulkanausbruch auf Island.

Vom 12. Oktober vorigen Jahres ab ist der große Vulkan Katla, am Südufer Islands längere Zeit äußerst tätig gewesen. Die Dampfsäule war mehr als 100 Kilometer weit sichtbar, der Aschenauswurf überdeckte, vom Winde fortgetragen, die Straßen in Reykjavik (180 Kilometer) und Akuregri (180 Kilometer), das Getöse und Gedröhne hörte man in ähnlichen Entfernungen. Schlimm aber waren die Verheerungen, die der „Gletscherlauf" anrichtete. Da der Vulkan durch Gletschereis und -schnee zugedeckt ist, wird bei Vulkanausbrüchen diese Haube weggeschmolzen und ganze Schneewasserströme überfluten die Täler und Ufer. Auf Island sind bei früheren Katastrophen dieser Art ganze Dörfer mit vielen Dutzenden von Gehöften weggeschwemmt worden. Diesmal waren wenigstens keine Menschenleben zu beklagen, wenn auch ein halbes Dutzend Höfe niedergerissen und einige hundert Pferde, Rinder und Schafe ersäuft wurden. Die herabgerissenen Eisblöcke, die den Wasserfall auf dem Strandufer liegen ließ, sind, wie Thoroddsen, der berühmte isländische Geologe berichtet, bis zu 120 Meter hoch! — Die letzten Nachrichten stammen vom 28. Oktober. Wie die vulkanischen Störungen weiter verlaufen sind, ist uns noch unbekannt. B.

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger veranstaltet im Rahmen der Vorstellungen von der Front heimgekehrter Schauspieler am Montag, den 24. März, in den Union-Festsälen, Greifswalder Straße 222, zu volkstümlichen Preisen eine Aufführung der lustigen Posse „Pension Schöller" von Karl Laufs.

Groß-Berlin.

Zentralstelle für die revolutionären Opfer Berlins.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern ist eine Zentralstelle des Beerdigungswesens für die revolutionären Opfer Groß-Berlins geschaffen worden, deren Geschäftsräume sich im Polizeirevier 3, Albrechtstr. 22, befinden. Sämtliche Behörden, Truppenteile und Familien, die in den Märzkämpfen Verluste an Toten gehabt haben, werden gebeten, diese der Zentralstelle zu melden unter Mitteilung: 1. Wo der Verstorbene seinen Verletzungen erlegen ist. 2. Ob, wo, wann und von wo die Beerdigung stattgefunden hat. 3. Die ganzen genauen Personalien. 4. Ob der Verstorbene an den Kämpfen beteiligt gewesen ist oder nicht.

Räubernde Regierungstruppen.

Die Meldungen über räubernde Regierungstruppen häufen sich. Im Norden Berlins suchen die dort in der Utrechter Straße liegenden Truppen Wohnungen nach Waffen ab. In Fällen, in denen die Wohnungsinhaber nicht zu Hause sind, werden die Türen mit Gewalt geöffnet, in einigen Fällen mit Handgranaten gesprengt und in Abwesenheit der Wohnungsinhaber durchsucht. Die heimkehrenden Mieter müssen dann zu ihrem Schrecken gewahr werden, daß ihnen Geld und Wertsachen entwendet worden sind, obwohl ein Kriminalbeamter den Durchsuchungen beiwohnte. Schutz und Hilfe gibt es nicht. Einige Personen haben ihre Beschwerden dem in der Utrechter Straße diensttuenden Hauptmann vorgetragen. Der Mann ist, wie uns übereinstimmend mitgeteilt wird, ein verständiger Mann und scheint selber von der Räuberhaftigkeit seiner Truppen wenig erbaut. Er versucht, was an ihm liegt, zu tun, um die Schuldigen zu ermitteln. Die Beschwerdeführer können natürlich die in ihrer Abwesenheit haussuchenden Soldaten nicht feststellen und wenn die Betreffenden festgestellt werden, so streiten sie natürlich entrüstet, etwas fortgenommen zu haben. Bemerkenswert ist, daß die Haussuchungen nur bei Freiheitlesern vorgenommen werden. In anderen Stadtgegenden sind die Räubereien mancher Truppenteile unheimlich geworden. Das nennt sich dann Ordnung und Eigentum schützen.

Verkehrshindernisse.

Uns wird geschrieben:

Montag morgen gegen ¾8 Uhr hielt ein gedecktes Auto mit Regierungstruppen infolge einer angeblichen Panne an der Kreuzung der Danziger und Greifswalder Straße, und der diensthabende Offizier befahl den Mannschaften, einen gerade haltenden Wagen der Linie 10, der bereits stark überfüllt war, zu besteigen, um nach Neukölln zu fahren. Auf die Bemerkung des Schaffners, daß der Wagen doch voll wäre, wurde ihm bemerkt, daß die Fahrgäste auszusteigen hätten. Auf Weigerung des Schaffners und Führers, weiterzufahren, und auch auf telephonische Anfrage über Verhaltungsmaßregeln auf dem Betriebsbahnhof Weißensee seitens des Schaffners, blieb dann den Mannschaften nichts anderes übrig, als wieder auszusteigen. Durch dieses Vorkommnis gab es eine Verspätung von mindestens 10 Minuten. Was aber wäre außerdem geschehen, wenn sich die Empörung über das Verhalten der Soldaten in Worten Luft gemacht hätte?

Eigenartige Sparsamkeit.

Vor einiger Zeit gingen uns von kranken Kriegsteilnehmern, die im **Johanniter-Siechenhaus, Lichterfelde,** untergebracht waren, lebhafte Klagen über mangelhafte Verpflegung zu. Uns wurden aber zu gleicher Zeit Mitteilungen gemacht über in genannter Anstalt lagernde beträchtliche Mengen von Hülsenfrüchten, Konserven, Kaffee usw. Tatsächlich wurden bei einer Revision durch den Arbeiterrat von Lichterfelde gefunden: 280 Pfund weiße Bohnen, 280 Pfund Erbsen, 750 Pfund Nudeln, 80 Pfund Kaffeebohnen, 650 Pfund Zucker, 100 Pfund Kakao, 520 Pfund Mehl und viele andere schöne Dinge mehr.

Ueber die Herkunft dieser Lebensmittel befragt, war von der Anstaltsverwaltung behauptet worden, es seien von der Intendantur überwiesene Vorräte, die sich dadurch angesammelt hätten, daß aus dem eigenen Gemüseanbau der Anstalt die Beköstigung teilweise bestritten und dadurch Ersparnisse gemacht worden seien. Wir glauben gern, daß sich auf diese Weise Ersparnisse machen lassen, müssen solche Sparsamkeit jedoch aufs Schärfste verurteilen. Die Kranken mit dünnen Kohlsuppen abspeisen, obgleich gerade ihnen kräftige Nahrung zugeführt werden müßte, ist unverantwortlich. Was aber wäre mit den Vorräten geschehen, wenn sie nicht entdeckt worden wären?

Streikende Hausbesitzer.

Die organisierten Hausbesitzer des Berliner Vorortes Mariendorf-Südende haben der Mieterorganisation und der Gemeindeverwaltung mitgeteilt, daß sie die von ihnen bisher besorgte Verteilung der Lebensmittelkarten an ihre Mieter vom 1. April an einstellen würden. Als Grund dafür wird der letzte Generalstreik angegeben.

Der Arbeiterrat von Mariendorf hat die Hausbesitzer daraufhin wissen lassen, daß es in der kurzen Zeit nicht möglich sei, die Verteilung der Karten anders zu organisieren. Würden die Hausbesitzer auf ihrer Weigerung bestehen, so würde die Gemeinde die Zahlungen der Mietsunterstützung, die noch in einer ganzen Anzahl von Fällen geleistet werde, einstellen. Auch werde man den Mietern empfehlen, die Zahlung der Miete so lange zu verweigern, wie die Hausbesitzer auf ihrem Streik beharren.

Sehr gemütstief.

Der Schneider Otto Hauschild, Fruchtstr. 36, der der Republikanischen Soldatenwehr angehört hat, ist von der Stadtwache am Ostbahnhof erschossen worden, weil er noch ein Gewehr in seiner Wohnung hatte. Dabei besaß Hauschild einen Ausweis vom 10. März, also 2 Tage vor seiner Erschießung, welcher bestätigte, daß er der Republikanischen Soldatenwehr angehöre und laut ministerieller Verfügung Anspruch auf Familienunterstützung habe.

Die Frau des Erschossenen begab sich nun zu dem Armenvorsteher Kloß, Fruchtstr. 35, um notwendige Beerdigungsformalitäten zu erfüllen. Dieser Ehrenmann schrie die arme Frau an: „Für so einen Mörder muß man hier noch einen Schein ausstellen. Wegen solch einen Kerl dürfen Sie nicht weinen, denn sonst sind Sie ja auch Spartakistin."

Herr Kloß ist ein Armenvorsteher, der so schnell wie möglich beseitigt werden muß. Seine Aeußerung zeigt, daß er unfähig für ein solches Ehrenamt ist, denn seine Worte verraten eine so gemeine Gesinnung, wie sie kaum zu bewerten ist. Er sollte so schnell wie möglich zurücktreten oder er muß gezwungen werden zum Rücktritt.

Alte Schulsitten.

In der Pflicht-Fortbildungsschule für männliche Personen (Abteilung Arbeiterschule) in Charlottenburg, Wallstr. 80, gibt es, wie uns mitgeteilt wird, noch einen Lehrer, der seine Schüler „Oelköppe, Kohlköppe" usw. nennt. Auch der Herr „Direktor" hält es noch für richtig, wenn er seine ältesten Schüler (17—18jährige) mit „du" anredet. Die Autorität der Lehrer wird dadurch nicht gestärkt und das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern muß entschieden darunter leiden. Es wäre deshalb wohl angebracht, wenn auch in den Fortbildungsschulen mit den alten Schulsitten aufgeräumt würde.

Korps-Soldatenrat Gardekorps. Vollversammlung am Sonnabend, den 22. März 1919, vormittags 10 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses. Tagesordnung: 1. Bericht des Korps-Soldatenrats. 2. Wahl eines Mitgliedes zum Korps-Soldatenrat an Stelle des ausgeschiedenen Kameraden Albrecht. 3. Wahl der Delegierten zum Rätekongreß am 8. April 1919. 4. Verschiedenes. Die ausgegebenen Ausweiskarten dienen als Legitimation.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Unter der obigen Ueberschrift brachte ein Berliner Mittagsblatt gestern die Notiz, daß u. a. der Neuköllner Arbeiterrat beschließen wolle, leerstehende Landhäuser zu beschlagnahmen, daß ferner in Neukölln Räume in bereits bewohnten Wohnungen beschlagnahmt werden sollen. Dazu schreibt der Magistrat:

Diese Notiz ist unrichtig. Der Magistrat hat aber in umfassender Weise Vorkehrungen getroffen, um die Wohnungsnot zu beseitigen und allen am 1. April obdachlosen Familien Unterkunft zu verschaffen. Es werden jedoch weder leerstehende Landhäuser beschlagnahmt, noch sollen Räume in bereits bewohnten Wohnungen beschlagnahmt werden.

Bernau. Am Freitag, den 14. März, tagte zum erstenmal die nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählte Stadtverordnetenversammlung. Nach Eröffnung der Formalitäten erfolgte die Einführung der 16 neugewählten sozialdemokratischen und acht bürgerlichen Stadtverordneten. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als Stadtverordnetenvorsteher wurde unser Genosse Hellwig, als Stellvertreter Sasse (Mehrh.) und als Schriftführer Schultrich (Bürgerl.) gewählt. Nach Wahl der Geschäftsordnungskommission wurde die Neuwahl sämtlicher städtischer Deputationen und Kommissionen vorgenommen, in welchen die sozialdemokratische Fraktionen entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. In die Schuldeputation wurden an Stelle zweier nicht wiedergewählten bürgerlichen Stadtverordneten Sasse (Mehrh.) und Lehrer Fuchs (Bürgerl.) gewählt. Der Antrag bzw. Errichtung eines Mieteinigungsamtes hierselbst wurde von unserem Genossen Knöschke eingehend begründet, jedoch vorläufig zurückgezogen, um zunächst Umschau nach den in Frage kommenden juristischen Personen zu halten. Von unserem Genossen Knöschke wurde noch darauf hingewiesen, daß das alleinige Recht des Magistrats, als Patron der höheren Schule usw. zu gelten, nun endlich einmal aufzuhören hat und ein gemeinsames Kuratorium, bestehend aus Stadtverordneten usw., gewählt werden müsse. Der Antrag Krüger (Mehrh.), vom 1. April ab die Vorschulklassen an der höheren Schule abzubauen und keine Schüler mehr aufzunehmen, mußte zurückgezogen werden, da laut Verfügung des Ministeriums mit dem Abbau der Vorschulklassen erst am 1. April 1920 begonnen wird. Nach langer und lebhafter Debatte, in welcher der Bürgermeister seinen stets formal juristischen Standpunkt vertrat und nur einen von den Angestellten der hiesigen Stadt gewählten Ausschuß für die Interessenvertretung dieser Gruppe anerkennen wollte, wohingegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten ihre Interessen durch einen gemeinsamen Ausschuß am besten gewahrt sehen, wurde der gemeinsame Beamtenausschuß von der Stadtverordnetenversammlung anerkannt. Ein Arbeiterratsmitglied, welcher im Magistrat delegiert ist, bat ums Wort, der Bürgermeister wies aber auf die Städteordnung hin, wonach kein anderer als Stadtverordnete und Magistratsmitglieder in die Debatte eingreifen dürfen; er würde, falls die Versammlung dem Arbeiterratsmitglied das Wort erteilen würde, den Saal sofort verlassen. Nur dadurch, daß das Arbeiterratsmitglied (Mehrh.) aufs Wort verzichtete, kam es nicht zum Verlassen des Saales durch den Bürgermeister.

Die Entlassung des Jahrganges 1899. Die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1899 sind nach einer Verfügung des Kriegsministeriums zu entlassen, sobald die Verbände der vorläufigen Reichswehr die Aufgaben dieses Jahrganges wahrnehmen können und die örtlichen Verhältnisse es gestatten. Die Entlassung beginnt alsbald und endigt am 30. April. Als Freiwillige können sie bei allen Formationen angenommen werden. Bei den mobilen Formationen darf deren Entlassung ebenso wie die von 1898 bis auf weiteres nur insoweit erfolgen, als die Grenzschutzbedürfnisse es zulassen. Vor der Entlassung sind die Leute auf die Arbeitsgelegenheit in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Steinkohlenbergbau hinzuweisen.

Die Sommerzeit. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Sommerzeit vom 28. April an wieder einzuführen.

Der städtische Arbeitsnachweis Neukölln, dessen Vermittlungstätigkeit sich nur auf ungelernte Arbeiter erstreckt, wurde im Monat Februar von 10 2[illegible] stellungsuchenden Personen in Anspruch genommen. Die Eintragung und Kontrolle der gelernten Arbeiter erfolgt für Neukölln in den für die einzelnen Berufsklassen in Frage kommenden Facharbeitsnachweisen. Wie in den vorangegangenen Monaten war auch diesmal die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, vorwiegend Fabrikarbeiterinnen, am stärksten. Der Bedarf an gelernten Handwerkern war verhältnismäßig sehr gering, für diese waren nur 82 offene Stellen zur Anmeldung gekommen. In 1538 Fällen konnte der Arbeitsnachweis für beide Abteilungen mit Erfolg vermitteln.

Den Eisenbahnarbeitern, die in der Woche des Generalstreiks gearbeitet haben, sollen nach einer Mitteilung in einer Versammlung der Arbeiterräte für jeden Tag eine Zulage von 20 Mark versprochen worden sein. Die Eisenbahndirektion ersucht uns mitzuteilen, daß den Arbeitswilligen unter den Arbeitern keine derartigen Versprechungen gemacht worden seien.

Die Bureauräume der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene befinden sich jetzt am Leipziger Platz 13 in den Räumen des Kriegsamts. Die Telephonnummern sind vorläufig Zentrum 5050 bis 5059, Apparat 159.

Erwerbslosen-Fürsorge Groß-Berlin. Am 21. d. Mts. nachmittags 4 Uhr findet in der Stadthalle des neuen Stadthauses Eingang Klosterstraße ein Solistenkonzert statt. Eintritt 30 Pfg. Mitwirkende: Frau Erna Daniel (Klavier), Frau Gertrud Steiner-Rothstein (Violine), Frl. Lia Grumbacher de Jong (Gesang). Konzertflügel: Steinway. Die für den 14. März gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit, desgleichen die für das Philharmonische Orchesterkonzert gelösten Karten. Eine Rückzahlung der Beträge für das Konzert am 4. März erfolgt nicht, da dieses in der Philharmonie stattgefunden hat. Die wissenschaftlichen Vorträge beginnen am Montag, den 24. d. M.

Wo ist der Verhaftete geblieben? Am Mittwoch, den 12. März, wurde in der Wohnung der Familie Ickert, Veteranenstraße 21, von den Regierungstruppen gehaussucht. Dabei wurde ein altes Gewehr gefunden und mitgenommen. Ickert wurde verhaftet und abgeführt. Bis heute ist er noch nicht zurückgekehrt. Alle Erkundigungen der Frau Ickert sind bis heute erfolglos geblieben. Auf dem Polizeipräsidium soll die Frau abgewiesen worden sein mit dem Bemerken, man könne nichts tun. Tatsächlich hat die Polizei die Verpflichtung der Vermißtensuche, zumal Vermißte der Polizei angezeigt werden müssen. Eine Nachricht über den Verbleib des Ickert ist der Frau nicht zugegangen. Wo ist Ickert geblieben?

Das Märkische Museum ist vom 20. d. Mts. an wieder täglich, außer Sonnabends, von 10—3 Uhr, geöffnet.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Freitag, den 21. März, in den Bezirken der 65., 178., 179., 223. und 240. Brotkommission und bis Montag, den 24. März, in den Bezirken der 54., 56., 78. und 228. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm oder 1 Stück Käse.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Freitag abend findet im Volkshaus von 7—½9 Uhr der Rednerkursus statt, von ½9—10 Uhr der Anfängerkursus.

Spiel und Sport.

Kartellverband Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege. Alle Ortskartelle, welche ehemals dem vorgenannten Verband angeschlossen waren, sowie alle Sportgenossen, welche am 6. d. M. in der Sitzung anwesend waren, werden hiermit zu der am 28. März bei Wegener, Sebelstr. 30, abends 6 Uhr, stattfindenden Sitzung eingeladen. Tagesordnung: Wahl des geschäftsführenden Ausschusses und der Preßkommission. Jedes Ortskartell sendet einen Vertreter. Die Adressen sind einzureichen an E. Blau, Neukölln, Steinmetzstr. 71.

Briefkasten.

Anonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen. Die Namen der Einsender von Zuschriften werden nur auf ihren besonderen Wunsch veröffentlicht, im übrigen aber geheimgehalten.

H. L., Christburger Straße. Wenden Sie sich beschwerdeführend an die Brotkommission oder an den Magistrat.

F. A., Gneiststraße. Lassen Sie doch den Schmierfinken laufen. Wir erhalten auch öfter solchen Wisch. Dafür steht neben uns der Papierkorb.

Frau O., Pankow. Die Darlehnsvermittler sind meistens Schwindler, die geldbedürftigen Leuten das Geld aus der Tasche locken. Klage ist so gut wie aussichtslos, da jene Leute sich so sichern, daß sie nicht zu fassen sind.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Zeitungsfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
[illegible], Weberstraße 50.
[illegible], Ritterstr. 18.
[illegible]barth, Michaelkirchplatz 2.
[illegible], Lothringerstraße 14.
[illegible]schauer, Wilsnacker Straße 62.
Düring, [illegible]straße 24.
Petersen, Flensburger Straße 2[illegible].
[illegible], Schiffbauerdamm 19.
[illegible], Zeppelinstraße 1.
Charlottenburg:
[illegible], Weimarer Str. 60.
Lichtenberg:
Engel, Hoffmannstr. 26.
Niederschöneweide:
Schaffranietz, Sedanstraße 57.
Steglitz:
Naue, Albrechtstr. 6.
Wilmersdorf:
Dennecke, Gieselerstraße 25.

Der Sozialist.
(Früher Sozialistische Auslandspolitik.)
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von:
Ed. Bernstein, H. Block, H. Haase,
K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.
Abonnements vierteljährlich 3 Mk. Einzelnummer 30 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.

Siemensstadt
„Die Freiheit" wird den Lesern vom 1. März ab durch Botenfrau zugestellt. Die Spedition befindet sich Wattstr. 13 bei Nowottny.

Wilmersdorf.
Vom 1. März laufenden Jahres befindet sich unsere Spedition bei Dennecke, Gieselerstraße 25 (Laden). Dort werden Bestellungen entgegengenommen und Botenfrauen eingestellt.

Botenfrauen
welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden verlangt. Marie Döring, Steinmetzstraße 23.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bartels, Prenzlauer Str. 13 am Alexplatz. Telefon Königstadt 20 [illegible].

Laufbursche
aus solider Familie als Expeditions-Lehrling gesucht. Dreiradfahrer bevorzugt. Seccofabrik Hagelberger Str. 52.

Gutes [illegible] m. [illegible] gebr. [illegible] Ritterstraße 39, [illegible].

Accumulator verkauft. [illegible] Ritterstraße 39, [illegible].

Kinder-Metallbett, [illegible] Ritterstraße 39, Möbelgeschäft.

Trichter-Grammophon m. 40 [illegible] Ritterstraße 39, Möbelgeschäft.

Automat, [illegible] Ritterstr. 39, Möbelgeschäft.

Großes Kleiderspind, 150 Mk., zu verkaufen. Krantstrauss, Charlottenburg, Helmholtzstr. 24.

Achtung!! Niederschöneweide
Die Spedition der „Freiheit" befindet sich Sedanstraße 57 bei Schaffranietz.

Achtung!!
Die Spedition der „Freiheit" in Johannisthal befindet sich Kaiser-Wilhelm-Str. 33 bei Göpfert.

Zeitungsfrauen
sucht Lehmann, Liebigstraße 19.

Spiralbohrer
jeden Posten kauft Buschhaus, Hallesche Str. 28.

Alt-Messing u. Kupfer [illegible] Hagelberger Str. 52. Tel. Lützow 9670.

Grammophone trichterlose verkauft preiswert Drews, Schiffbauerdamm 19.

4. Wahlkreis U. S. P. D.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Portier **Herrmann Karras** Hohenlohestraße 7, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. März, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Friedhof der Bartholomäusgemeinde in Weißensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

Suhl: Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum 1. Mai 1919 einen ersten und dritten Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung. Gehalt nach den Beschlüssen von Breslau und Köln. Dienstjahre werden angerechnet. Kollegen, die mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sind, Kenntnisse im Kassenwesen, agitatorische u. organisatorische Befähigung haben, wollen Gesuche einreichen unter Angabe des Berufes, Alter, Familienverhältnisse u. bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 15. April 1919 an den Kollegen
Adolf Anschütz, Suhl, Sandstraße 15.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8. Sonntags 9-1.